**Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung
gemäß § 46 Abs. 1 GO LT**

Abgeordnete Katharina Jensen (CDU)

Geht Niedersachsen beim gelegentlichen Verkauf von Speisen und Getränken durch Ehrenamtliche über europäisches Hygiene- und Kennzeichnungsrecht hinaus?

Anfrage der Abgeordneten Katharina Jensen (CDU) an die Landesregierung, eingegangen am 14.04.2025

Die *Neue Osnabrücker Zeitung* berichtete am 22. Februar 2025, dass das Hygienerecht der Europäischen Union den Landfrauen (und anderen ehrenamtlich tätigen Mitgliedern von Vereinen) die Ausgabe von Speisen und Getränken z. B. auf Weihnachtsmärkten erschwere. Einige Ortsvereine der Landfrauen in Schleswig-Holstein hätten deshalb auf ihren traditionellen Stand auf dem örtlichen Weihnachtsmarkt verzichtet. Die dortige Landesregierung kündigte daraufhin eine Informationsveranstaltung an, um über die geltende Rechtslage zu informieren und bestehende Unsicherheiten zu beseitigen.

Die Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland teilte bereits am 6. Dezember 2024 per Presseinformation mit:

„Die EU-Vorgaben für die Kennzeichnung und zur Hygiene von Lebensmitteln in Deutschland gelten nur für Lebensmittelunternehmen. ...

Wir verweisen grundsätzlich insbesondere auf Punkt 15 der Lebensmittelinformationsverordnung, der Folgendes klarstellt: ‚Das Unionsrecht sollte nur für Unternehmen gelten, wobei der Unternehmensbegriff eine gewisse Kontinuität der Aktivitäten und einen gewissen Organisationsgrad voraussetzt. Tätigkeiten wie der gelegentliche Umgang mit Lebensmitteln und deren Lieferung, das Servieren von Mahlzeiten und der Verkauf von Lebensmitteln durch Privatpersonen z. B. bei Wohltätigkeitsveranstaltungen oder auf Märkten und Zusammenkünften auf lokaler Ebene sollten nicht in den Anwendungsbereich dieser Verordnung fallen.‘ ...

Analog verweisen wir auf Punkt 9 der Verordnung über Lebensmittelhygiene. Auch dieser stellt zum Geltungsbereich der Vorgaben zur Lebensmittelhygiene klar: ‚(...) Außerdem sollten sie nur für Unternehmen gelten, wodurch eine gewisse Kontinuität der Tätigkeiten und ein gewisser Organisationsgrad bedingt ist.‘ ...“

Ferner schreibt die Vertretung der EU-Kommission:

„Die EU-Vorgaben für die Kennzeichnung von Lebensmitteln, die die EU-Staaten und das Europäische Parlament im Jahr 2011 beschlossen hatten, stellen sicher, dass die Menschen in Europa klar und umfassend über die Inhaltsstoffe von Nahrungsmitteln informiert werden. Angaben zu Allergenen sind dabei nicht nur für verpackte Lebensmittel verpflichtend, sondern auch für ‚lose‘, nicht verpackte Lebensmittel, die z. B. in Restaurants und Cafés verkauft werden. ...

Im Geltungsbereich der Verordnung ist es auch für lose Lebensmittel verpflichtend, Informationen über Inhaltsstoffe, die Allergien oder Unverträglichkeiten verursachen können, bereitzustellen. ...“

Im Unterschied zur Vertretung der EU-Kommission, die die Pflicht zur Angabe von Allergenen nur im Anwendungsbereich der Verordnung, also bei Lebensmittelunternehmen, sieht, wird der Vorsitzende des Bundesverbands der Lebensmittelkontrolleure in der *Neuen Osnabrücker Zeitung* u. a. mit der Aussage zitiert, dass auch bei Abgabe von Speisen und Getränken durch Ehrenamtliche Allergene gekennzeichnet werden müssten. Weitere Anforderungen sind seines Erachtens Hygienekleidung, ein Spuckschutz, die Möglichkeit zum Händewaschen sowie die abwaschbare Gestaltung der Wände, die z. B. durch Folien an den Wänden hergestellt werden könne. Auch bräuchten Ehrenamtliche einen Gesundheitspass, der durch eine Schulung beim Gesundheitsamt zu erlangen sei, wenn

sie z. B. in einer Sahnetorte frische Milchprodukte oder Eier verarbeiten wollten, die in der Torte roh blieben. Als Ersatz empfiehlt der Bundesvorsitzende u. a. „veganes Gebäck“.

1. Welche Rechtsauffassung gilt bei Abgabe von Speisen und Getränken durch Ehrenamtliche in Niedersachsen - die vorbenannte Auffassung der EU-Kommission, der zufolge nur Lebensmittelunternehmen von der Verordnung über Lebensmittelhygiene und den EU-Vorgaben für die Kennzeichnung von Lebensmitteln betroffen sind, oder die strengere Rechtsauffassung des Vorsitzenden des Bundesverbands der Lebensmittelkontrolleure?
2. Hat die Landesregierung gegebenenfalls Maßnahmen ergriffen, um die einheitliche Anwendung europäischen Rechts bei der gelegentlichen Ausgabe von Speisen und Getränken durch Ehrenamtliche sicherzustellen und über das europäische Recht hinausgehende Interpretationen der Rechtsvorschriften zu verhindern? Falls ja, welche? Falls nein, warum nicht?
3. Hat die Landesregierung gegebenenfalls Maßnahmen ergriffen, um - wie es die Vertretung der EU-Kommission schreibt - „die jeweils praktikabelste Lösung vor Ort zu finden“? Falls ja, wann und welche? Falls nein, warum nicht? Was versteht die Landesregierung in diesem Zusammenhang unter der praktikabelsten Lösung?
4. Plant die Landesregierung vor dem Hintergrund der in der Vorbemerkung geschilderten Verunsicherung Ehrenamtlicher Informationsveranstaltungen nach dem Vorbild der schleswig-holsteinischen Landesregierung? Falls ja, wann und in welchem Format? Falls nein, warum nicht?
5. Wird in Niedersachsen die Angabe von Allergenen verlangt, wenn Speisen und Getränke gelegentlich durch Ehrenamtliche ausgegeben werden? Falls ja, auf welche Rechtsvorschrift stützt sich diese Forderung?
6. Werden in Niedersachsen Hygienekleidung, ein Spuckschutz, die Möglichkeit zum Händewaschen sowie die abwaschbare Gestaltung der Wände verlangt, wenn Speisen und Getränke gelegentlich durch Ehrenamtliche ausgegeben werden? Falls ja, auf welche Rechtsvorschrift stützt sich diese Forderung?
7. Wird in Niedersachsen von den örtlichen Gesundheitsämtern ein Gesundheitspass verlangt, wenn Ehrenamtliche gelegentlich z. B. Kuchen oder Torten, die rohe Eier oder frische Milchprodukte enthalten, backen und ausgeben? Falls ja, auf welche Rechtsvorschrift stützt sich diese Forderung? Wie viele Ehrenamtliche haben in Niedersachsen gegebenenfalls in den vergangenen fünf Jahren diesen Gesundheitspass auf Grundlage einer Schulung erhalten?

(Verteilt am 15.04.2025)